

WIENER GEMEINDERAT

Sitzung vom 24. Jänner 1927.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 3 Uhr die Sitzung. Der Gemeinderat verhandelt sofort die laufenden Geschäftsstücke.

Stadtrat Breitner beantragt die Bewilligung eines Zuschusskredites für 1926 von 33 Millionen Schilling zur Reserve für unvorhergesehene Ausgaben. Durch diesen Zuschusskredit soll das Mehrerfordernis, das durch die vermehrten Ueberweisungen von Zuschusskrediten auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben entstanden ist, gedeckt werden. Im Laufe des Vorjahres wurden vom Gemeinderat mehr als hundert Zuschusskredite genehmigt, die auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen wurden. Da aber der Ansatz schon längst erschöpft war, wurde der Reservefonds um 33 Millionen Schilling überschritten. Der Antrag ist eine reine Formalität, die an der Gebarung gar nichts ändert. Es ist schon eine seit Jahrzehnten geübte Praxis, dass Zuschusskredite auf die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben verwiesen werden, auch wenn die Reserve schon erschöpft ist. Der Zuschusskredit, der heute verhandelt wird, soll durch den Gebarungüberschuss des Jahres 1926 gedeckt werden.

Stadtrat Kunschak leitete daraus ab, dass das Jahr 1926 statt mit einem Defizit mit einem Ueberschuss abschliessen werde und wünscht über einzelne Posten der Zuschusskredite Aufklärung. Er bemängelt das Fehlen der gedruckten Gemeinderatsprotokolle, wodurch dem Gemeinderatsmitgliedern eine Uebersicht der bewilligten Zuschusskredite unmöglich gemacht wird. 1913 hat der heutige Vizebürgermeister Emmerling das System der Zuschusskredite als eine saloppe und nachlässige Budgetierung bezeichnet. Früher wurde dem Gemeinderat, wenn eine Veränderung des Bestandes des Reservefonds eintrat, jedermal Mitteilung darüber gemacht.

Stadtrat Breitner erwiderte, dass es sich um keinen neuen Zuschusskredit handle, sondern um längst genehmigte Posten. Ueber den Gebarungsabschluss des Jahres 1926 kann noch keine Mitteilung gemacht werden, weil bis 31. Jänner die in Bearbeitung sich befindlichen Fakturen zu Lasten der Gebarung des Jahres 1926 erledigt werden. Ein Bild über die Gebarung des Jahres 1926 kann auch nicht gleich nach dem 31. Jänner gegeben werden und es wird noch Monate dauern, bis man ein richtiges Bild erhält. Keinesfalls aber wird die Gebarung auch nur annähernd so günstig sein, wie 1925. Der Beweis dafür ist die Tatsache, dass die Reserve die unvorhergesehenen Ausgaben um 33 Millionen überschritten wurde. Diese Ueberschreitung wird annähernd von den Mehrerträgen niedriger Abgaben des Bundes gedeckt sein, während die Gemeindesteuern nur ein sehr mässiges Mehrerträgnis ergeben werden. Aller Voraussicht nach wird das Jahr 1926 tatsächlich mit einem Defizit abschliessen. Ueber die Höhe desselben lässt sich aber gegenwärtig noch gar nichts sagen.

Für das Jahr 1926 wurden 437 Millionen Schilling Bruttoausgaben veranschlagt. Die Ueberschreitung mit 33 Millionen Schilling macht siebeneinhalb Prozent der Bruttoausgaben aus. Dieser Prozentsatz ist angesichts des ungeheuren und von so vielen Einflüssen abhängenden Budgets der Gemeinde und des Landes Wien wohl möglich, es kann aber daraus nicht der Schluss gezogen werden, dass die Budgetierung undurchsichtig und unvorsichtig ist. Im Jahre 1913 wurde von der damaligen Mehrheit für die Reserve für unvorhergesehene Ausgaben eine Million Kronen ausgedacht und dieser Betrag um 8.3 Millionen überschritten.

Sodann wurde der Antrag angenommen.

Gemeinderat Brocgyner referiert dann über die Aenderungen des Statutes der Zentralsparkasse der Gemeinde Wien.

Gemeinderat Angermayer (chr. soz.) bemängelt, dass auch dadurch

der Sparkassenausschuss bagatellisiert werde. Redner bemängelt die Entsendung eines Vertrauensmannes der Mehrheit in die Zentralsparkassa, weil nicht einzusehen ist, ^{was} dieser Vertrauensmann in der Leitung eigentlich für Funktionen auszuüben habe. Wie man hört, soll dieser Parteifunktionär eine monatliche Entschädigung von zwölf bis fünfzehn Millionen Kronen erhalten. Redner beantragt die Rückverweisung dieses Antrages an den Ausschuss.

Der Rückverweisungsantrag wird abgelehnt.

Gemeinderat Brocgyner bemerkt, der Vertrauensmann solle den Versitzenden entlasten, die Statutenänderung habe mit dieser Angelegenheit gar nichts zu tun.

Der Referentenantrag wird sodann angenommen.

Gemeinderat Schmid beantragt, zur Bedeckung der Mehrkosten anlässlich der Ausstellung der Goldbilanz für einzelne Betriebsteile der städtischen Bäder und sonstige Aenderungen der ursprünglichen Bilanzergebnisse Zuschusskredite in der Gesamthöhe von 245.000 Schilling zu bewilligen.

Gemeinderat Ullreich (chr. soz.) führt die Beschwerde über die Art der Reinigung der Schwimmbassins in den städtischen Bädern und wünscht Abhilfe.

Der Referent entgegnet, dass die Bassins nach dem Muster deutscher Städte gereinigt werden, es sei nie eine ernste Klage über die Reinheit des Wassers geführt worden.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Gemeinderat Schneider beantragt für die Herstellung der Saugasse im 12. Bezirk einen Nachtragskredit von 15.000 Schilling.

Gemeinderat Kunschak findet, da ursprünglich ein Kostenerfordernis von 28.000 Schilling vorgesehen war, die Ueberschreitung um sechzig Prozent ungerechtfertigt.

Der Referent erwidert, das besprochene Mehrerfordernis sei der halb notwendig, weil in der Strasse ausserordentlich schlechte Untergrundverhältnisse bestehen. Man dachte auch daran, diese Strasse etwas leichter zu bauen. Diese Absicht konnte aber nicht ^{ver-}wirklicht werden, man musste Abhebungen vornehmen und dadurch habe sich die Herstellung wesentlich verteuert. Ueberdies musste infolge schlechter Witterungsverhältnisse die Arbeit abgebrochen werden, längere Zeit ruhen, der Kredit sei dadurch verfallen und habe im nächsten Jahre wieder angesprochen werden müssen.

Der Referentenantrag wird angenommen.

Nach einem Referate des Gemeinderates Schneider wird für die Herstellung der Riegelgasse im dreizehnten Bezirk ein Mehrerfordernis von 2800 Schilling genehmigt.

Hiebei verweist Gemeinderat Lehninger (chr. soz.) auf die schlechte Beschaffenheit der Strassen in Ober St. Veit, Hacking und Speising und wünscht baldige Abhilfe.

Der Referent erwidert, dass die Herstellung der genannten Strassen, insbesondere der Maxinggasse im Laufe dieses Jahres erfolgen werde.

Gemeinderat Schütz beantragt für die zur Errichtung eines Blumenmarktes in der Gartenbaugesellschaft auf dem Barckring vorgenommenen Herstellungen nachträglich die Baubewilligung zu erteilen. Der Magistrat habe seinerzeit vergessen, diese Bewilligung ^{um} anzusuchen.

Der Referentenantrag wird, nachdem die Gemeinderäte Binder und Müller daran Kritik geübt hatten, dass eine baubehördliche Genehmigung erst vier Monate nach Eröffnung des Blumengrossmarktes eingeholt werde, angenommen.

Nach einem Referat des Gemeinderates Schütz wird der Festsetzung des Generalregulierungs- und Generalbaulinienplanes für das Gebiet östlicher Bieglerhütte zwischen der Schrammel- und Andergasse in Hernals zugestimmt, ein Antrag des Gemeinderates Ullreich, die Breite der Vorgärten beiderseits der Strasse mit drei Metern festzusetzen, abgelehnt.

Gemeinderat Iser berichtet über den Entwurf für den Wohnhausbau in Währing Paulinengasse mit dem Kostenbetrag von 1.200.000 S und beantragt die Genehmigung. In den Häusern sollen 69 Wohnungen und elf Geschäftslokale untergebracht werden.

Gemeinderat Erban (chr. soz.) bemängelt die Anlage von grossen Erkern in diesem Gemeindehausbau und meint, dadurch werde den betreffenden Wohnungen Raum weggenommen. Sein Antrag auf Rückverweisung des Referates zur Abänderung wird, nachdem der Referent sich dagegen ausgesprochen abgelehnt.

Gemeinderätin Kurzbauer (chr. soz.) kritisiert die Anlage und Ausstattung der städtischen Wohnbauten, die sie als ein Verbrechen gegen ästhetisches Empfinden, Wohnungshygiene und Wohnkultur bezeichnet. Sie bemängelt auch, dass in manchen Häusern die Klosette strassenseitig angelegt werden, und beantragt, die noch zu erbauenden Wohnhäuser höchstens drei Stockwerke hoch aufzuführen.

Der Referent bemerkt, dass durch die bemängelten Erkeranlagen der Raum der betreffenden Wohnungen durchaus keine Schmälerung erfahre. Gegenüber den Ausführungen der Gemeinderätin Kurzbauer sei zu sagen, dass gerade die Minderheit immer die Grösse der Höfe und die Anlage von Kindererholungsstätten in den städtischen Häusern abfällig kritisiert habe. Die Mehrheit bemühe sich die Wohnungen möglichst zweckentsprechend zu gestalten.

Der Referentenantrag wird angenommen, der Antrag Kurzbauer abgelehnt.

G.R. Iser (soz. dem.) referiert über den neuen Bauentwurf für die Wohnhausanlage in Währing, Weinhausergasse-Währingerstrasse-Innozenz Langgasse. Die Gesamtkosten dieser Wohnhausanlage betragen vier Millionen Schilling.

G.R. Erban (chr. soz.) bezeichnet die Bauweise „Räume ohne direkte Belüftung und Belichtung zu bauen, als extrem. Bei der Gelegenheit erklärt er, dass die Hausinspektoren der Gemeinde weniger auf die Reinlichkeit in den Häusern sehen und mehr als Vertrauenspersonen der sozialdemokratischen Partei wirken.

In seinem Schlusswort stellt Gemeinderat Iser fest, dass die städtischen Hausinspektoren keinerlei Parteiagitiation treiben.

Sodann wird der Antrag angenommen.

G.R. Iser referiert weiter über den Bauentwurf für die Wohnhausanlage in Erdberg, Rüdengasse-Hagenmüllergasse-Güllberggasse. Die Baukosten betragen 2.600.000 Schilling. Die Baufläche ist 4496 Quadratmeter gross, von der aber nur 48 ein Viertel Prozent verbaut werden. Die Wohnhausanlage wird 175 Wohnungen haben.

G.R. Binder (chr. soz.) stellt an den Referenten die Anfrage, wieso es kommt, dass ein Saal im Hannschhof nicht benützt werden dürfte. Der Saal soll angeblich nicht tragfähig gewesen sein.

G.R. Iser erwidert, dass dieser Saal ursprünglich für eine Bibliothek gedacht war. Es wurde dann angesucht, den Saal auch als Versammlungslokal verwenden zu dürfen. Es musste daher erst untersucht werden, ob der Saal dazu auch die notwendige Tragfähigkeit besitze. Diese wurde festgestellt und nun die Benützungsgewilligung erteilt.

Der Antrag wurde sodann angenommen.

G.R. Rausnitz (soz. dem.) stellt den Antrag auf weitere Prolongierung der Haftung und gleichzeitige Erhöhung der Haftsumme von vier Millionen Schilling auf vier ein halb Millionen Schilling, die die Gemeinde Wien für Betriebskredite der Land- und forstwirtschaftlichen Betriebsgesellschaft m. b. H. übernommen hat. Die Prolongierung und Erhöhung ist durch die erhöhte Investitionstätigkeit der Gesellschaft notwendig geworden.

G.R. Huber (chr. soz.) begrüsst es, dass endlich die Haftungserklärung auf unbestimmte Zeit gegeben wurde. Er rügt, dass die Gemeinde für die Haftungserklärung drei Prozent einhebt und stellt den Antrag, dass für Haftungserklärungen für die Land- und forstwirtschaftliche Betriebsgesellschaft m. b. H. nur ein Prozent aufgerechnet werden dürfe.

Nach einem kurzen Schlusswort des Referenten wird der Antrag desselben angenommen und der Antrag Huber der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugeführt.

G.R. Rausnitz (soz. dem.) bittet um die Genehmigung eines Sachkredites von 300.000 Schilling für die Beschaffung von Gasmessern. Für diese Summe sollen 2450 neue Gasmesser angeschafft werden.

G.R. Paulitschke (chr. soz.) tadelt, dass die Gasmesser nicht ordnungsgemäss beaufsichtigt und gewartet werden.

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass zur Beaufsichtigung und Wartung der Gasmesser nur Organe mit ausreichender Schulung verwendet werden. Bei der Zahl von 385.000 Gasmessern, die in Betrieb stehen, sind Störungen selbstverständlich nicht von der Hand zu weisen. Der Antrag wird sodann angenommen.

G.R. Professor Fränkel sucht um die Genehmigung eines Sachkredites von 500.000 Schilling für das Kraftwerk Simmering an. Dieser Betrag wird für die Herstellung von Kühlwasserreinigungsanlagen im Kraftwerk Simmering benötigt, die heuer und in den nächsten zwei Jahren erbaut werden sollen.

G.R. Scholz (chr. soz.) meint, weil durch die Herstellung der Kühlwasserreinigungsanlagen acht Prozent an Kohle erspart werden, eine Verbilligung des Strompreises eintreten könnte. Er ist mit der Bedeckung des Kredites nicht einverstanden und wünscht, dass über die Herstellung der Anlage und über die Bedeckung des Kredites getrennt abgestimmt werde. Nach kurzen Erwäuerungen des Referenten wird die Herstellung der Anlage einstimmig, die Bedeckung der Kosten aber nur mit den Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

St.R. Speiser referiert dann über Massnahmen, die die städtischen Angestellten betreffen. Sie beinhalten eine Erhöhung der Jahresbezüge der Verwaltungsangestellten um acht ein Drittel Prozent und eine Erhöhung der Schemabezüge um fünf Prozent. Die Akademikerlaufbahn wird verbessert und sie bringen auch sonst den Angestellten neue Vorteile.

St. R. Rummelhardt (chr. soz.) beschäftigt sich eingehend mit dem Antrage des Stadtrates Speiser. Er bezeichnet die Vorlage als unvollkommen. Er wendet sich dagegen, dass die Beamten des Kontrollamtes in diese Vorlage miteinbezogen wurden und stellt den Antrag, für sie besondere Disziplinarvorschriften zu schaffen. Er beantragt weiters die Schaffung einer Beschreibungskommission, die aus drei vom Bürgermeister zu ernennenden höheren Konzeptsbeamten, aus dem Personalreferenten, aus dem Amtsvorstand und drei nach dem Proporz zu wählenden Personalvertretern bestehen soll. Weiters fordert er die Schaffung einer Berufungskommission, die aus drei nach dem Proporz gewählten Gemeinderäten, aus drei durch direkte Wahl nach dem Proporz gewählten Angestellten, aus dem Bürgermeister oder dessen Stellvertreter und dem Vertreter des Berufenden zusammengesetzt sein soll. Er bezeichnet das Vorgehen der Gemeinde gegenüber ihren Angestellten als autokratisch. Die Gemeindeverwaltung will nichts von dem Proporz wissen. Für sie gilt nur der Verband, die anderen Angestellten werden geknebelt.

Dritter Bogen.

G.R. Stöger (chr. soz.) erklärt, dass die Christlichsozialen sich nicht gegen die Wiedereinführung der Qualifikation wehren, sondern nur dagegen, dass sie ad hoc durchgeführt werde. Nach ausführlicher Begründung stellt Redner mehrere Abänderungsanträge.

Gemeinderätin Schlösinger (chr. soz.) wünscht die eheste Schaffung einer Personalvertretung der Lehrpersonen; die Vorlage einer Novelle zum Lehrerdienstgesetz, wonach in Disziplinarfällen den Beschuldigten Lehrpersonen die Beschwerde in jedem Falle an das Unterrichtsministerium zusteht. Schliesslich tritt sie für die Besserstellung der Handarbeitslehrerinnen und der Lehrerinnen für französische Sprachen ein und stellt entsprechende Anträge.

In seinem Schlusswort kommt Stadtrat Speiser auf die gegen die Vorlage vorgebrachten Einwendungen zurück und bemerkt, die Gemeinde habe sich bemüht, für ihre Angestellten das bestmögliche zu tun und sie sei in dieser Frage dem Bund wieder vorangegangen. Die Vorlage bringe den Angestellten ausserordentliche Vorteile.

Bei der Abstimmung werden sämtliche Anträge der Minderheit bis auf die zwei letztgenannten, die der geschäftsordnungsmässigen Behandlung zugewiesen werden, abgelehnt und der Referentenantrag dann angenommen.

St. R. Kokrda beantragt die Bildung einer Rücklage von 40.000 Schilling aus den Gebarungüberschüssen des Jahres 1925 bei dem Bäckereibetrieb Spinnerin am Kreuz. Die Rücklage ist zur Bedeckung der Kosten für die Errichtung eines Mehlmagazins zu verwenden.

G.R. Körber (chr. soz.) erklärt, dass diese Post im Ausschuss nicht durchberaten wurde.

In seinem Schlusswort stellt Stadtrat Kokrda fest, dass die Post am 5. Jänner dieses Jahres im Ausschuss durchberaten wurde und das diesbezügliche Protokoll im Amtsblatt erschienen ist. Es handelt sich bei dem Antrag um nichts anderes als um eine Formalität. Der Antrag wird angenommen.

St. R. Kokrda referiert weiter über die Bildung einer Rücklage beim Beträub Wirtschaftsamt von 411.000 Schilling aus den Gebarungüberschüssen des Jahres 1925. Die Rücklage ist für Investitionen und Inventarnachschaftungen der Wohlfahrtsanstalten, Schulen und Aemter zu verwenden. Zur Deckung dieser Ausgabe ist für das Jahr 1925 ebenfalls ein gleicher Kredit zu bewilligen. Ein weiterer Antrag geht dahin, einen ersten Zuschusskredit zur Bedeckung der Instandhaltung und Nachschaffung von Schuleinrichtungsgegenständen, die vom Gemeinderat am 17. Juli 1925 beschlossen wurden, von 8000 Schilling und einen zweiten Zuschusskredit für Nachschaffung und Zufuhr von Einrichtungsgegenständen von 107.126 Schilling zu bewilligen. Die Anträge sind gleichfalls rein formell.

Zu dem Antrag sprechen die Gemeinderäte Binder und Kunschak (chr. soz.). Dieser führt aus, dass diese Verrechnungsverhältnisse ganz absonderliche sind und ein Beweis, wie nicht verwaltet werden soll. Bezüglich des letzten Antrages des Referenten stellt er den Antrag, die Post an den Statssenat rückzuverweisen.

Nach kurzen Schlussausführungen des Stadtrates Kokrda, worin er erklärt, dass auch diese Anträge rein formaler Natur sind, wird der Antrag Kunschak abgelehnt und die Referentenanträge angenommen.

G.R. Thaller ersucht um die Bewilligung, dem freien Radiobund mit 5000 Schilling zu subventionieren.

G.R. Uebelhör (chr. soz.) spricht sich dagegen aus, wobei er erklärt, dass der freie Radiobund eine sozialdemokratische Organisation ist. Nach einer kurzen Erwiderung des Referenten wird der Antrag sodann angenommen. Die Verhandlungen der Tagesordnung werden nun abgebrochen und der Gemeinderat setzt die Spezialdebatte über das Kapitel Technische Angelegenheiten fort. An Stelle des Stadtrates Siegel ist Stadtrat Kokrda an Referententische erschienen.

Fortsetzung der Spezialdebatte zum Kapitel
Technische Angelegenheiten.

G.R. Kerner (chr. soz.) verweist darauf, dass in Wien ein Verein zur Bekämpfung der Rauch- und Staubplage bestehe. Es wäre wünschenswert, wenn die Beschwerden der Anrainer des Zentralkinderheims, die unter der Rauchplage der Feuerungsanlage dieser Anstalt sehr zu leiden haben, endlich gehört würden, man möge doch in dieser Hinsicht Abhilfe schaffen. Dann verweist Redner auf den schlechten Zustand der Strassen in Neustift am Walde und bemängelt insbesondere, dass der Sommerhaideweg für den Verkehr gänzlich abgesperrt worden sei.

G.R. Binder (chr. soz.) kritisiert das Coloniasystem und bemängelt, dass für Erhaltung von Kirchen und Kapellen im Budget nur der geringe Betrag von 4000 Schilling eingesetzt sei, um 2000 Schilling weniger als im Vorjahre.

Auch die Beleuchtung lasse sehr viel zu wünschen übrig. Viele Strassen sind, trotzdem sie elektrisches Licht erhalten haben, im finstern. Bei manchen wieder sind die Gehwege nicht beleuchtet. Der Redner kritisiert dann die Beleuchtung des Wiedener Gürtels und des Lanstrasser Gürtels. Dort sind die Gehwege finster und nur ein kleiner Teil der Strasse ist beleuchtet. Es wäre daher eine verstärkte Beleuchtung sehr notwendig. Die Wartung der öffentlichen Uhren lasse ebenfalls sehr viel zu wünschen übrig. Die Bezahlung für die Wartung der öffentlichen Kirchenglocken ist eine viel zu geringe und es müsse dafür mehr ausgesetzt werden. In der Verwaltungsgruppe für technische Angelegenheiten ist vieles mangelhaft. Unsere Anträge und Anregungen werden niemals berücksichtigt und wir können daher auch dieser Gruppe unsere Zustimmung nicht erteilen.

G.R. Hofbauer beantragt Schluss der Debatte. Der Antrag wird angenommen, was von den Christlichsozialen mit heftigen Pfuirufen aufgenommen wird. Gemeinderat Huber (chr. soz.) ruft: Wir werden das nicht fressen! Gemeinderat Panosch: Das werden Sie bereuen. Das heisst man Demokratie! Gemeinderat Doppler schlägt mit der Faust auf das Pult und Gemeinderat Lehninger entlockt einem Pfeiferl schrille Töne. Darauf hebt ein gleichmässiges Schlagen mit Protokollen, Tischladen und Handflächen auf die Pultflächen an und viele Gemeinderäte ziehen Pfeiferln hervor und beginnen damit zu Lärmen. Gemeinderat Preyer (chr. soz.) setzt eine Kinderratsche in Bewegung.

Lärm Vorsitzender Weigl unterbricht die Sitzung. Der wird immer ärger. Gemeinderat Scholz benützt eine mitgebrachte kleine Autchuppe. Es ist inzwischen halb zwölf Uhr nachts geworden und Bürgermeister Seitz erklärt die Sitzung wieder als eröffnet. Der Lärm auf den Bänken der Minderheit wird immer ärger. Bürgermeister Seitz ersucht die Christlichsozialen den Generalredner namhaft zu machen. Die Christlich-sozialen lärmten weiter.

Bürgermeister Seitz an die Opposition: Ich fordere Sie zum letzten Mal auf, den Generalredner zu nennen. Wenn Sie ihn nicht nennen, so ist das Verzicht auf den Generalredner.

Der Lärm wächst bei diesen Worten vehement an.

Bürgermeister Seitz fortfahrend: Sie nennen ihn nicht - Sie nennen ihn nicht - Sie nennen also nicht den Generalredner! Sie verzichten auf den Generalredner!

Der Lärm hält ununterbrochen so stark an, dass die Worte des Bürgermeisters in dem Lärm untergehen. In dem Lärm spricht der Bürgermeister weiter: Sie verzichten auf den Generalredner, dann kann ich Ihnen nicht helfen. Die vorgezeichneten Redner verzichten auf den Generalredner, in dem sie ihn nicht nennen. Ich erteile dem Berichterstatter das Schlusswort:

Amtsführender Stadtrat Kokrda: Angesichts der herrschenden Situation verzichte ich auf das Schlusswort.

Unter ungeheurem Lärm erklärt der Bürgermeister nach $\frac{1}{2}$ 12 Uhr nachts die Sitzung für geschlossen.